

Demonstrationsrecht der Antifaschisten massiv behindert
PM DKP-Essen 03.05.2015

Die DKP Essen fordert nach den Ereignissen am 1. Mai den Rücktritt des Polizeipräsidenten Richter und behält sich vor, Anzeige zu erstatten. Entgegen allen Absprachen zwischen dem Veranstalter der Protestdemonstration gegen den Aufmarsch der Partei "Die Rechten" mit der Polizei, wurden friedliche Antifaschisten an der Ausübung ihres Demonstrationsrechts massiv behindert. Das muss Konsequenzen haben.

Konkret wurden ca. 150 Demonstranten bereits im Hauptbahnhof von der Polizei mit Schlagstöcken angegriffen, mit Hunden bedroht und eingekesselt, damit die Nazis ungehindert zu ihrem Aufmarsch fahren konnten.

Wie ein Einsatzleiter einer eingekesselten Teilnehmerin erklärte, sei es Aufgabe der Polizei, den Aufmarsch der Rechten zu gewährleisten, auch auf Kosten der Gegenproteste.

Auch in Kray wurde Antifaschisten der Zugang zur genehmigten Gegenkundgebung auf dem Krayer Markt so schwer wie nur möglich gemacht. Für den Aufmarsch der "Rechten" war der Stadtteil großräumig abgeriegelt und der Zugang zum Marktplatz nur über einen großen Umweg möglich.

Während in der öffentlichen Darstellung Antifaschisten kriminalisiert und pauschal als gewaltbereit dargestellt werden, scheinen der Innenminister von NRW, Thomas Kutschaty, und OB Reinhard Paß die einzig wahren Gegendemonstranten zu sein. Diese Politik dient einzig und allein den Nazis, über die übrigens kaum etwas - und vor allem kaum negatives - berichtet wird.

„Es ist ein Skandal, dass in einer Stadt wie Essen, die sich weltoffen und tolerant gibt, dem braunen Mob durch massive Polizeigewalt der Weg geebnet wird“, so Siw Mammitzsch von der DKP Essen. „Eine Woche vor dem 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus so etwas in meiner Stadt erleben zu müssen, ist unfassbar.“

Der massive und brutale Einsatz der Polizei mit Hundestaffeln, Knüppeln und Pfefferspray steht im Widerspruch zu den Aussagen des Polizeipräsidenten Richter, der zuvor behauptet hatte, die Polizei sei neutral und nicht für das Verbot des Aufmarschs der Nazis zuständig.

Mit dem Bruch der Vereinbarungen und dem Anordnen dieser Polizeiaktion hat sich der Polizeipräsident eindeutig auf eine Seite gestellt und es ist nicht die Seite der Demokraten! Deshalb kann es hier nur eine Konsequenz geben: dieser Polizeipräsident muss sofort abberufen werden.